

Der Fall Magnitz - ein Rechtspopulist inszeniert sich als Opfer

Martin Suchanek, Infomail 1037, 11. Januar 2019

Nur wenige Minuten benötigte die AfD Bremen, um den Überfall auf ihren Bundestagsabgeordneten Magnitz bekannt zu machen. Nachdem die Polizei am 7. Januar kurz nach 20 Uhr den Überfall gemeldet hatte, postete die rechte Partei schon wenige Minuten später erste Informationen zum „feigen Überfall“.

Schnell waren nicht nur Bilder von Magnitz' Kopfwunde im Umlauf, auch der „Tathergang“ wurde im Detail geschildert:

„Unser Landesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Frank Magnitz ist am Montag von drei verummten Männern angegriffen worden. (...) Mit einem Kantholz schlugen sie ihn bewusstlos und traten weiter gegen seinen Kopf, als er bereits am Boden lag. Dem couragierten Eingriff eines Bauarbeiters ist zu verdanken, dass die Angreifer ihr Vorhaben nicht vollenden konnten.“
(Weserkurier vom 9.1.)

Der AfD-Vorsitzende Gauland sprach von einem Mordanschlag. Magnitz wie überhaupt die gesamte Partei wären Opfer eines quasi-linksterroristischen Klimas, das nicht nur die radikale Linke, die Antifa oder die Linkspartei, sondern obendrein auch noch SPD und Grüne bewusst schaffen würden.

Dabei widerspricht lt. Medienberichten schon die „Schilderung“ des angeblichen Tathergangs den Ermittlungen der Polizei. Auf einem Video des Überfalls lässt sich weder das Kantholz ausmachen noch das Nachtreten. Die Täter seien vielmehr „sofort nach dem Angriff geflohen“ (Weser Kurier, 9.1.). Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch nicht wegen Mordversuchs, sondern wegen gefährlicher Körperverletzung, nachdem sich der von den RechtspopulistInnen suggerierte „Anfangsverdacht“ offenbar als nicht haltbar erwies. Der AfD-Inszenierung tut das keinen Abbruch.

Ein Rechter als Opfer?

Dabei ist Magnitz selbst alles andere als ein Unschuldslamm. Wie sein ganzer rechtspopulistischer Verein betrachtet er Migration, vor allem von MuslimInnen, als „Gefahr“. Mit anderen Worten: Der Mann erweist sich als rassistischer Überzeugungstäter. In der Bremer Bürgerschaft organisierte er unter anderem Veranstaltungen mit dem kulturpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Marc Jongen und dem Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser vom neurechten Institut für Sozialpolitik, das u. a. die Zeitschrift Sezession herausgibt.

Magnitz gilt auch als Unterstützer von Bernd Höcke, also des rechten, völkischen Flügels der AfD, und organisierte gemeinsame Aktionen mit der „Identitären Bewegung“, die er selbst ganz im Stile seiner Partei als „witzig, intelligent und harmlos“ verniedlicht.

Magnitz verdient den Hass, die Wut, die Empörung aller AntifaschistInnen und AntirassistInnen. Der angebliche Biedermann entpuppte sich schon längst als Brandstifter.

Vollkommen deplatziert sind daher die Verurteilungen des „Anschlags“ durch VertreterInnen der SPD, der Grünen und auch der Linkspartei oder gar „Solidaritätsbekundungen“ mit Magnitz. Von SPD und Grünen mag man auch nicht viel anderes erwartet haben – die Linkspartei will offenkundig wieder einmal beweisen, dass sie längst im verlogenen Einheitsbrei des Parlamentarismus angekommen ist. So twitterte der Vorsitzende der Linksfraktion Bartsch: „Es gibt keine Rechtfertigung für ein solches Verbrechen.“

(<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/afd-politiker-magnitz-angegriffen-100.html>)

Wir wissen ebenso wenig wie Bartsch mit Bestimmtheit, welche Motive die Menschen getrieben haben, die Magnitz angriffen. Es scheint aber durchaus wahrscheinlich, dass die Aktion politisch motiviert war. Eine mögliche Begründung auszumachen, fällt jedenfalls nicht schwer – die rassistische Hetze des „Opfers“ und der AfD, ihre Zusammenarbeit und Mobilisierung mit Nazis gegen Flüchtlinge, MigrantInnen bis hin zur Erzeugung von pogromartigen Stimmungen wie in Chemnitz.

Ermahnungen wie jene, dass „Gewalt kein Mittel von Politik“ sein dürfe, wirken angesichts der Ermutung zu rassistischer und faschistischer Gewalt, die der Rechtspopulismus mit sich bringt oder zumindest billigend in Kauf nimmt, lächerlich und zynisch. Gegen die organisierte Gewalt von Rechten, gegen Angriffe auf Flüchtlinge, MigrantInnen, gegen anti-muslimische und anti-semitische Attacken, gegen Anschläge auf linke Organisationen und Parteien (darunter nicht zuletzt auch Büros der Linkspartei) helfen keine lahmen Beschwörungsformeln, sondern nur organisierte Selbstverteidigung.

Eine solche Politik bedarf zweifellos auch der Begründung, der Auseinandersetzung und Vermittlung, so dass mehr und mehr Lohnabhängige, GewerkschafterInnen, Jugendliche diese aktiv tragen, um eine kämpferische Massenbewegung gegen die Rechten und den Rechtsruck aufzubauen.

In diesem – und nur in diesem Sinne – war der Anschlag politisch kontraproduktiv. Subjektiv nachvollziehbar war er allemal und sicherlich nicht „kriminell“. Eine solche bloß individuelle Aktion ermöglicht es jedoch viel eher, mediale Hetze gegen AntifaschistInnen und AntirassistInnen zu streuen, den Angriff als einen von „Kriminellen“ darzustellen; es erleichtert der AfD und Menschen wie Magnitz, sich als Opfer zu inszenieren. Vor allem aber erscheint so auch vielen Lohnabhängigen, GewerkschafterInnen, Flüchtlingen und MigrantInnen kämpferischer Antirassismus als Einzelaktion und nicht als kollektives, organisiertes Vorgehen.

Das eigentliche Problem der Linken, der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland besteht jedoch nicht darin, dass einzelne GenossInnen die Sache selbst in die Hand nehmen und Magnitz eine Abreibung verpassen – es besteht vielmehr darin, dass der Kampf gegen rassistische und faschistische Mobilisierungen, gegen Angriffe und Aufmärsche viel zu unentschlossen, zu wenig militant und zu wenig organisiert geführt wird. Diesen Zustand zu überwinden, dazu sollte uns der Fall Magnitz anspornen.